

DE 99/302

**PRIORITY  
DOCUMENT**SUBMITTED OR TRANSMITTED IN  
COMPLIANCE WITH RULE 17.1(a) OR (b)

REC'D	12 APR 1999
WIPO	PCT

09/601486

**Bescheinigung**

Die Mitsubishi International GmbH in Düsseldorf/Deutschland hat eine Patentanmeldung unter der Bezeichnung

"Verfahren zum Erstellen eines Adreßverzeichnisses"

am 5. Februar 1998 beim Deutschen Patent- und Markenamt eingereicht.

Das angeheftete Stück ist eine richtige und genaue Wiedergabe der ursprünglichen Unterlage dieser Patentanmeldung.

Die Anmeldung hat im Deutschen Patent- und Markenamt vorläufig das Symbol H 04 M 15/00 der Internationalen Patentklassifikation erhalten.

München, den 17. März 1999

Deutsches Patent- und Markenamt

Der Präsident

Im Auftrag

Aktenzeichen: 198 04 336.8

Wallner



# ULLRICH & NAUMANN

Patentanwälte

Zugelassene Vertreter vor dem Europäischen Patentamt  
European Patent and Trademark Attorneys

2021/P/009

Heidelberg, 5. Februar 1998/js:

## Patentanmeldung

der Firma

Mitsubishi International GmbH

Kennedydamm 19

40476 Düsseldorf

betreffend ein

**“Verfahren zum Erstellen eines Adreßverzeichnisses“**

Die Erfindung betrifft ein Verfahren zum Erstellen eines Adressverzeichnisses, insbesondere in einem Telekommunikationsnetz.

Zum Aufbau einer Funkverbindung zwischen Teilnehmern eines Telekommunikationsnetzes bspw. gemäß der deutschen Patentanmeldung 195 35 021.9 der Anmelderin ist ein Adreßverzeichnis mit allen Teilnehmern erforderlich. Dieses Adreßverzeichnis umfaßt die Positionskennung und eine teilnehmerbezogene Kennung. Das Adreßverzeichnis muß möglichst oft aktualisiert werden, da nicht sämtliche Teilnehmer ortsfest bleiben. Ein Verfahren zur Zuordnung derartiger Positionskennungen ist in der deutschen Patentanmeldung 197 26 956.7 beschrieben.

Die Erstellung eines derartigen Adreßverzeichnisses kann durch dieselbe Organisation ausgeführt werden, die auch für die Vergebührung der Nutzung des Telekommunikationsnetzes verantwortlich ist. Die Vergebührung erfolgt über ein Verfahren und eine Vorrichtung, die in der DE 197 19 002 A1 beschrieben sind. Danach kann die Vergebührung über einen als Chipkarte oder Magnetstreifenkarte ausgebildeten Informationsträger erfolgen. Die für die Vergebührung erforderlichen Daten werden von dem Informationsträger an die Organisation – bspw. eine Bank – übertragen. Die Organisation führt dann bspw. eine Abbuchung des für die Nutzung des Telekommunikationsnetzes erforderlichen Entgelts von dem Konto des Teilnehmers durch.

Während des Übertragungsvorgangs der für die Vergebührung erforderlichen Daten können auch die ggf. aktualisierten sämtlichen Adreßdaten aus dem Speicher des Teilnehmers, bspw. also die eigenen Adreßdaten und bekannte virtuelle Adreßdaten anderer Teilnehmer, an die Organisation übermittelt werden. Diese Organisation verfügt damit über aktualisierte Adreßdaten und kann ein derartiges aktuelles Adreßverzeichnis erstellen.

Ein Teilnehmer wird daher interessiert sein, die Vergebührungsdienstleistung möglichst oft in Anspruch zu nehmen, da nur hierdurch eine Aktualisierung seiner Adresse im Telefonadressenverzeichnis möglich ist. Als Informationsträger könnte bspw. eine Kreditkarte, Geldkarte, Geldautomatenkarte, Telefonkarte oder eine beliebige PIN-Karte dienen.

**THIS PAGE BLANK (USPTO)**